
5466/J XXVII. GP

Eingelangt am 18.02.2021

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Maximilian Köllner, Katharina Kucharowits, Andreas Kollross,
Genossinnen und Genossen

an

die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und
Technologie

betreffend die Strategische Prüfung-Verkehr der geplanten Breitspurbahn in den Bezirken Bruck
an der Leitha und Neusiedl am See

Gegen den geplanten Bau einer Breitspurbahn sowie eines Verladebahnhofes in der Region der
Bezirke Bruck an der Leitha und Neusiedl am See regte sich von Beginn an großer Widerstand,
Sowohl eine Vielzahl der betroffenen Gemeinden als auch zahlreiche unabhängige Vereine und
Organisationen/Bürgerinitiativen sprechen sich gegen die Umsetzung dieses Projektes aus. Im Mai
2020 hat das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und
Technologie betreffend „Gegen die Breitspurbahn in unserer Region“ in einer Stellungnahme
mitgeteilt, dass eine Strategische Prüfung - Verkehr (SP-V) für das Bauvorhaben des
österreichischen Abschnitts durchgeführt wird. Die darauffolgende Hochleistungs-
Streckenverordnung der Bundesregierung würde zunächst nur dazu dienen, die Grundlage für
potenziell nachfolgende Planungsverfahren auf österreichischem Staatsgebiet zu bilden, wobei
die in der Bürgerinitiative angesprochenen Aspekte der Auswirkungen auf Menschen, biologische
Vielfalt der Tiere, Pflanzen und deren Lebensräume, Boden, Wasser, Luft, Klima, Landschaft sowie
Sach- und Kulturgüter einer eingehenden Prüfung zu unterziehen wären. Von einer tatsächlichen
Baugenehmigung wäre man jedenfalls noch weit entfernt. Dies ist bis dato die letzte offizielle
Auskunft über den Stand des SP-V Verfahrens. Keine einzige Eingabe im Zuge des Verfahrens aus
dem November 2019 wurde bis heute seitens des Ministeriums schriftlich beantwortet - der
aktuelle Stand des Verfahrens ist nicht bekannt.

Die Beantwortung und Prüfung der Eingaben im Zuge des SP-V Verfahrens, welche durch eine
Vielzahl an Gemeinden aus den Bezirken Bruck an der Leitha und Neusiedl am See sowie auch
durch unabhängige Vereine und Organisationen erfolgt ist, ist ein rechtliches Erfordernis!

Die unterfertigten Abgeordneten stellen an die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität, Innovation und Technologie daher folgende

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

1. Ist das SP-V-Verfahren bereits abgeschlossen worden?
 - a) Wenn ja, wann ist das erfolgt? Warum wurde das Ergebnis bislang nicht veröffentlicht?
 - b) Wenn nein, bis wann ist mit einem Abschluss zu rechnen?
- 2) Warum wurden sämtliche schriftlichen Eingaben der Gemeinden sowie der Vereine und Organisationen nicht beantwortet? Erfolgte dies, um der Bürgerinitiative „Stopp der Breitspurbahn“ die Möglichkeit für fristgerechte Initiativen zu nehmen?
- 3) Wird seitens des Ministeriums eine Verordnung über die Hochleistungsstraßengenehmigung für die Breitspurbahn kommen?
 - a) Wenn ja, wie lange ist hier die Devolutionsfrist der Behörde?
- 4) Wie lange hat der (sich aufgrund des SP-V-Verfahrens ergebende) Umweltbericht Gültigkeit, ehe ein neues Verfahren zur Prüfung eingeleitet werden muss?
- 5) Das Breitspurbahn-Projekt umfasst neben Österreich u.a. auch die Slowakei. Wie ist der aktuelle Stand des Breitspurbahn-Projekts in der Slowakei? Wie erfolgt diesbezüglich eine länderübergreifende Abstimmung?
- 6) Welche öffentlich-rechtlichen Möglichkeiten bestehen nun für die Bürgerinitiative gegen die Breitspurbahn, um sich im weiteren Verfahren einzubringen?